

Kurzanalyse

Juni 2011

Die Umwälzungen in der arabischen Welt und der Palästinakonflikt

Dr. John Bunzl

Die Veränderungen in der arabischen Welt, besonders in Ägypten, haben eine neue Situation geschaffen und alte Gewissheiten erschüttert. Der Palästinakonflikt konnte davon nicht unberührt bleiben. Er hatte immer eine lokale, regionale und globale Dimension, deren Interaktion und Gewichtung verschieden waren und sind. Wegen der Spiegelbildlichkeit des Konflikts sind beide Parteien zwar unterschiedlich, aber doch gleichermaßen betroffen. Dies soll im folgenden Beitrag demonstriert werden. Aus eher methodologischen Gründen untersuchen wir zunächst Implikationen für Israel und darauf für Palästina.

Dr. John Bunzl ist Nahost-Experte am Österreichischen Institut für Internationale Politik (oiiip)

1. Israel: Stadien einer Konfusion

Als im Jänner 2011 die Unruhen in Tunesien ausbrachen, galten sie zunächst Premier Benjamin Netanyahu als Beweis für die politische Instabilität im Nahen Osten (Associated Press/AP 16-01-11). Dem Westen gegenüber wies er auf die Verlässlichkeit und Stabilität Israels hin. Die Orientierung an den USA hatte/hat gegenüber den Beziehungen zu den Nachbarländern Vorrang. Israel präsentierte sich traditionell als die einzige Demokratie im Nahen Osten. So hatte Verteidigungsminister Ehud Barak in einem viel zitierten Statement Israel eine „Villa im Dschungel“ genannt. (1)

Der Beginn der Auseinandersetzungen in Ägypten löste eine größere Irritation aus. Premier Netanyahu verordnete seiner Regierung sogar, über die Situation in Kairo zu schweigen (AP 29-01-11). Darauf drängte die Regierung in Jerusalem den Westen (primär die USA) die Kritik am ägyptischen Präsidenten Husni Mubarak zu bremsen, um die Stabilität im Nahen Osten zu bewahren. Es sei im eigentlichen Interesse des Westens das ägyptische Regime zu unterstützen. Die Freunde Washingtons dürften nicht allein gelassen werden, sonst müsse man ernste Auswirkungen auf Länder wie Saudi-Arabien oder Jordanien fürchten (Haaretz, 31-01-11). Hinter dieser Befürchtung stand die Annahme, eine Außenpolitik nach Mubarak, welche die öffentliche Meinung stärker berücksichtigen müsste, wäre für Israel mit Nachteilen verbunden. Tatsächlich sprachen sich bei einer Umfrage im Mai 2011 54% der Ägypter für die Annullierung und nur 36% für die Erhaltung des Friedensvertrages mit Israel von 1979 aus. (2)

Die DemonstrantInnen am Tahrir-Platz wandten sich zunächst jedoch weder gegen die USA noch gegen Israel, ja, internationale Themen spielten kaum eine Rolle. Das sollte aber nicht mit Sympathie für Israel verwechselt werden. Der Staat ist in der ägyptischen Öffentlichkeit weitgehend unpopulär. Angesichts dieses Umstands fragte ein ägyptischer Kommentator ironisch, ob Netanyahu durch seine Unterstützung Mubaraks diesen schneller zu Fall bringen wollte. (3)

Der Feind meines Feindes ist mein Freund...

Israel befürchtet(e) eine Machtübernahme der Muslimbrüder, die Aufkündigung des Friedensvertrags von 1979 oder die Schließung des Suezkanals für seine Schiffe. Es war ja bekannt, dass der attackierte Mubarak regelmäßig mit Netanyahu zusammengetroffen war und sich an der „Zähmung“ der Palästinenser beteiligt hatte, einschließlich der Schließung des Grenzübergangs zwischen dem Gazastreifen und Ägypten nach der Machtübernahme durch Hamas 2007. (4) Jerusalem fürchtete

(berechtigterweise) eine Verteuerung der Erdgaslieferungen aus dem Sinai, die von Mubarak unter dem Weltmarktpreis an Israel geliefert wurden. (4)

Israel hoffte insgesamt darauf, die Errungenschaften, die unter dem „alten arabischen Regime“ erreicht wurden, verteidigen zu können. Dazu gehörte auch (nach 1979) eine Beschränkung der militärischen Präsenz und Souveränität Ägyptens auf der Sinai-Halbinsel. Das (erste) Camp David-Abkommen hatte es Israel erlaubt, seine Operationen nach Norden zu richten (Libanon 1982, Intifada 1987, 2000), ohne eine „zweite Front“ befürchten zu müssen. (5) Inzwischen beklagt Netanyahu, dass die neue Militärregierung in Kairo Probleme habe die Sinai-Halbinsel zu kontrollieren, was den Aufstieg internationaler Terrororganisationen erlaube (Haaretz, 30-05-11).

Das neue Regime in Ägypten scheint sichtlich bestrebt die alte Rolle einer Führungsmacht im arabischen Raum wiederzugewinnen. Nach dem Friedensschluss Sadat-Begin-Carter (1979) verlor Ägypten zunächst seine zentrale Rolle im Nahen Osten. Der damalige Staatspräsident Muhammad Anwar as-Sadat orientierte sein Land und dessen Wirtschaft an den USA und dem Westen. Nach den jüngsten Ereignissen in der Region jedoch konnte ein israelischer Nahostexperte feststellen, dass „die Arabische Welt nicht verschwunden ist“ (Haaretz, 09-03-11) (5). Damit meinte er nicht ein Wiederaufleben des Nasserismus (die Idee der arabischen Einheit), sondern die bemerkenswerte Gleichzeitigkeit der Umwälzungen in arabisch sprechenden Ländern, eine Ähnlichkeit der Slogans, eine Art Gemeinsamkeit, die durch TV-Sender wie Al Jazeera gefördert werde.

Zeichen einer neuen ägyptischen Außenpolitik

Einige neue außenpolitische Akzente wurden gesetzt: Die Sprecherin des Außenministeriums, Menha Bachoum, teilte mit, die Haltung etwa gegenüber dem Iran würde nicht der ablehnenden Haltung des alten Regimes folgen; sie sei weder negativ noch positiv. Hamas werde als diplomatischer Partner und weniger als Sicherheitsrisiko behandelt und Außenminister Nabil al-Araby spreche nicht mehr vom „Friedensprozess“, er möchte lieber über den Frieden reden. Er habe auch US-Präsident Barack Obama aufgefordert (NewYorkTimes/NYT, 28-04-11) einen palästinensischen Staat, dessen Anerkennung der Generalversammlung der UNO im September 2011 vorgeschlagen werden soll, zu unterstützen (NYT, 28-04-11) (6). Netanyahu hatte übrigens einen solchen Schritt als „unilateral“ verurteilt (als ob etwa die Siedlungspolitik nicht unilateral wäre) (Haaretz, 26-05-11).

Wie sich Netanyahu einen palästinensischen „Staat“ vorstelle, beschrieb der israelische Politikwissenschaftler Meron Benvenisti so: er wäre „zerstückelt, ohne zusammenhängende

Infrastruktur, ohne direkte Verbindung zur Außenwelt. Der Luftraum und die Wasserressourcen blieben unter israelischer Kontrolle“ (Haaretz, 22-01-10).

Al-Araby war auch wesentlich an der „Ausöhnung“ zwischen Fatah und Hamas (28. April 2011) beteiligt, die von Netanyahu als „ riesiger Schlag gegen den Frieden und ein großer Sieg für den Terrorismus“ bezeichnet wurde (Jerusalem Post, 04-05-11). Der frühere Generalsekretär der Arabischen Liga und Präsidentschaftskandidat Amr Moussa hielt jedoch fest: „Die arabische Welt hat sich verändert, aber ihr Entschluss eine faire und gerechte Lösung für das Palästina-Problem zu finden, ist überhaupt nicht schwächer geworden“ (Financial Times, 23-05-11).

Israelische Wahrnehmungen

All diese Entwicklungen wurden von den israelischen Medien noch kritischer als von der Regierung beurteilt. Die Protestbewegung in Ägypten galt eigentlich als „bad news“. Experten versuchten zunächst zu beschwichtigen, Ägypten sei nicht Tunesien und Sicherheitsapparat und Armee stünden hinter Mubarak. Als sich diese Prognosen nicht ganz erfüllten, wurde der Vorwurf, Mubarak nicht zu unterstützen, an den US-Präsidenten Obama gerichtet. Ein führender Journalist, Ben Kaspi, drückte seine Sehnsucht nach George W. Bush aus, der nach seiner Annahme Mubarak mehr unterstützt hätte. Die Demonstranten wurden als „naiv“ und Demokratie (besonders palästinensische Demokratie) als Gefahr bezeichnet. Nach Neve Gordon, dissidentem Politikwissenschaftler an der Universität Beersheva, Israel, wäre der vorherrschende Diskurs „orientalistisch“ gewesen, d.h. von westlichen Vorurteilen geprägt. (7)

Bei einem geringeren Teil der Öffentlichkeit und der Intellektuellen stieß die ägyptische Revolution jedoch auf eine viel positivere Resonanz. Alte Stereotypen wie „die“ Araber seien zu Demokratie und Fortschritt unfähig seien in Frage gestellt worden. Arabische Demokratien wären eher als ihre Vorgänger geneigt einen Frieden anzustreben. Mubarak's Politik gegenüber Israel sei taktisch gewesen, um vom Westen (v.a. von den USA) politische und finanzielle Unterstützung zu erhalten. Israel könne nicht als Hindernis bei der Transformation einer ganzen Region auftreten. (8) Prominente Israelis, einschließlich früherer Chefs des Geheimdiensts und der Armee, forderten eine positive Antwort auf den Friedensplan (9), der von der Arabischen Liga 2002 und 2007 vorgelegt wurde. Die Ereignisse in den Nachbarländern machten einen solchen Schritt notwendig. (NYT, 02-04-11). Weniger auffällig war ein Offener Brief von jungen Mizrahim (Israelis mit Ursprung in arabischen/islamischen Ländern) an ihre arabischen Altersgenossen. Unter Berufung auf eine Geschichte der Koexistenz in der

Welt des Islam forderten sie einen erneuten Dialog und den gemeinsamen Kampf für Rechte, die auch bei den Protesten am Tahrir-Platz gefordert wurden. (10)

Mit dem Umsturz in Ägypten scheinen auch die USA vorerst einen verlässlichen/berechenbaren Verbündeten verloren zu haben. Kairo hatte sich am Golfkrieg 1990/91 beteiligt, betrachtete den Iran als eine „Bedrohung“, drängte die Palästinenser zur Fortsetzung des „Friedensprozesses“ und untergrub die Einigungsbemühungen zwischen Fatah und Hamas (11), nachdem letztere 2006 demokratisch gewählt wurde bzw. nach ihrer Machtübernahme im Gazastreifen 2007. Ägypten beteiligte sich gemeinsam mit Israel, den USA und der EU am Boykott der neuen palästinensischen Regierung, auch aus Angst vor den Muslimbrüdern im eigenen Land.

Nach dem Sturz Mubaraks beschrieb Mahmoud Shokry, ein Diplomat und Autor, den Unterschied zum alten Regime in Bezug auf die Haltung zu den USA so: „Wir berücksichtigen den Standpunkt externer Players, wie den USA, aber wir können ihnen nicht erlauben ihn uns aufzuzwingen (Al Ahram Weekly, 5-11/05/11).

Israel hatte häufig betont, es könne nur dann gute Beziehungen zu arabischen Staaten geben, wenn diese „demokratisch“ wären. Am meisten betonte dies der ehemalige Minister und Vizekanzler Nathan Sharansky: „Frieden wird nur nach Freiheit und Demokratie kommen“. (12) Sein Buch „*The Case for Democracy*“ übergab er im November 2004 öffentlich an George W. Bush, der es als Leitfaden für seine Politik anpries.

Aber was war mit Demokratie gemeint? Jedenfalls nicht eine, die zu unerwünschten Ergebnissen (siehe Hamas) führen könnte. Den Warnungen vor Islamisten, besonders in Ägypten, lagen die gleichen Vorbehalte zugrunde, und nicht, wie Yoram Meital (13) betont, eine seriöse Analyse der Verhältnisse im Lande. Die eindimensionale Perzeption der Protestbewegungen kritisierte ein anderer Beobachter wie folgt: „Wir haben zu lange in einer sehr orientalistischen und negativen Weise über die arabische öffentliche Meinung gesprochen und geschrieben“. (14) Auch Mubarak selbst mahnte mit Hinweis auf die Islamisten, Obama würde die ägyptische Kultur nicht verstehen und wisse nicht, was zu erwarten wäre, sollte er zurücktreten.(Al Ahram Weekly, 24/02 – 02/03-11) In der Tat könnte ein Machtzuwachs der Muslimbrüder beträchtliche Probleme aufwerfen, hier geht es jedoch um die instrumentelle Verwendung dieser Gefahr.

Zum Thema „Demokratie“ meinte Henry Siegman (15): So wie bis jetzt der Mangel an Demokratie in der Region angeblich die Beendigung der Okkupation verhindert habe, so sei es jetzt das Übermaß an

Demokratie, das im Wege stünde (Huffington Post, 02-05-11). Es ist unschwer zu verstehen, dass sich Israel selbst als Modell einer „echten“ Demokratie imaginiert. In seiner Rede vor dem US-Congress (24-05-11) sagte Netanyahu etwa: „Von den 300 Millionen Arabern im Nahen Osten und Nordafrika genießen nur Israels arabische Bürger wirkliche demokratische Rechte“. Er wollte sich selbstverständlich nicht mit den israelischen Wissenschaftlern beschäftigen, die den Staat als „Ethnokratie“ definieren. (16) Die Herrschaft über Millionen Palästinenser und die Kolonisierung ihres Landes (von Netanyahu als „demographische Veränderungen“ verharmlost) kann wohl mit keiner Definition von Demokratie vereinbart werden.

Eine andere israelische These behauptet, der Palästinakonflikt sei eigentlich nebensächlich. So meinte Außenminister Lieberman: „Wer glaubt, dass der israelisch-palästinensische Konflikt Teil des Problems im Nahen Osten ist, versucht vor der Realität zu fliehen.“ (Jerusalem Post, 07-02 11). Oder wie Netanyahu vor dem US-Congress sagte: „Israel is not what is wrong about the Middle East Israel is what is right about the Middle East“ (24-05-11). Netanyahu beharrte auf der Zentralität des Kampfes gegen Terrorismus, Islamismus und Iran und forderte, der Westen (besonders die USA) sollten es ebenso halten. Netanyahu selbst kann als einer der Ideologen des „War on Terror“ angesehen werden. Das zeigt schon ein Blick auf seine Bücher: *International Terrorism: Challenge and Response* (1980), *Terrorism: How the West can Win* (1986) und *Fighting Terrorism: How Democracies Can Defeat Domestic and International Terrorists* (1995). Kein Wunder, dass er dabei die israelischen Methoden als Modell empfahl. Es würde ihm nie in den Sinn kommen, dass seine antipalästinensische Politik und die bedingungslose Unterstützung durch die USA eine Motivation für wirkliche und angebliche Terroristen liefern könnten.

Zusammenfassung

Israel versteht sich als die einzige Demokratie im Nahen Osten, eine Selbstdarstellung, die keiner seriösen Prüfung standhält. Als exemplarische Demokratie kann sich der Staat nicht offiziell gegen die Protest- und Demokratiebewegungen in der arabischen Welt stellen. Israel vermutet aber, repräsentative Regierungen würden die öffentliche Meinung stärker zum Ausdruck bringen, und die Unterstützung Palästinas ist nach wie vor ein Anliegen der arabischen Massen. TV-Sender wie Al-Jazeera tragen Bilder der Okkupation in jeden Haushalt. Die beiden folgenden Kommentare können als symptomatisch für die vorherrschende Meinung in Israel angesehen werden: „Ist es nicht großartig, dass Ägypten jetzt ein demokratischer Staat ist, wo die Leute ihre Meinungen frei ausdrücken können? Natürlich liegt das Problem in der Natur dieser Meinungen“ oder: „Die Demokratisierung in der arabischen Welt ist wunderbar, aber sie hat den Frieden gekillt“. (17) Weil Israel nicht bereit oder in

der Lage ist den Palästinensern substantiell entgegenzukommen, wird sich an dieser Stimmung auch nichts ändern. Daher bleiben „nur“ die USA, die ihrem „strategischen Verbündeten“ immer und ewig beistehen sollen. Wird das dauerhaft möglich sein? Haben die USA wirklich das gleiche Verhältnis zu den Umwälzungen in der arabischen Welt wie Israel? Wird Obama die (innen-und außenpolitischen) Hindernisse für eine ausgewogene und erfolgversprechende Politik gegenüber Israel/Palästina überwinden können? Das sind wahrscheinlich die entscheidenden Fragen.

2. Palästina: Ein Hoffnungsschimmer?

Dieser Abschnitt wird wesentlich kürzer sein, nicht weil das Thema weniger wichtig wäre, sondern weil im ersten Teil schon vielfach darauf eingegangen wurde. Damit bestätigt sich die Spiegelbildlichkeit des Konflikts: Was eine Seite betrifft, betrifft auch die andere.

Schon vor Beginn der Protestbewegung in Tunesien veröffentlichte eine Gruppe von Jugendlichen im Gazastreifen einen Aufruf, der in drastischen Worten ihre Unzufriedenheit mit allen Beteiligten des Konflikts (auch Hamas) ausdrückte (The Observer, 02-01-11). Es konnte nicht lange dauern, bis die Berichte von Medien wie Al Jazeera über die Revolten in Tunesien und Ägypten auch die Palästinenser erreichten. Bisher hatten Fatah und Hamas eine Monopolstellung in der Westbank und in Gaza eingenommen. Am 15. März aber starteten Jugendliche über Facebook eine Bewegung mit dem Slogan: „Das Volk will ein Ende der Spaltung“ (zwischen Fatah und Hamas). Es folgten zahlreiche Demonstrationen, welche die „Herrschenden“ in den besetzten Gebieten (ein Regime ohne Staat) beunruhigten und hart durchgreifen ließen. Die neue Bewegung nahm sich die erste, unbewaffnete, Intifada (ab Ende 1987) zum Vorbild und drückte ihren Widerwillen gegen den aussichtslosen „Friedensprozess“ aus. Trotz der verschiedenen Bedingungen war die Motivation der palästinensischen Jugendlichen ähnlich wie die ihrer Altersgenossen in der arabischen Welt: Verlust des Vertrauens in die Führung, Ablehnung des politischen Systems, der Unterdrückung und des Fehlens von politischen Rechten – für Freiheit und soziale Gerechtigkeit. (18) Die Politik Israels in den besetzten Gebieten könnte durchaus mit jener der autoritären arabischen Regime verglichen werden. (19)

Tatsächlich kam mit Hilfe des neuen ägyptischen Außenministers ein Abkommen zwischen Fatah und Hamas zustande (27-04-11). Es wurde, abgesehen von den Jugendprotesten und der Rolle Ägyptens, auch dadurch gefördert, dass Mahmoud Abbas (Präsident der Palestinian Authority/PA in Ramallah) mit

Mubarak einen engen Verbündeten verlor und die Führungsfigur von Hamas mit Sitz in Damaskus, Khaled Mashal, durch die Ereignisse in Syrien befürchten musste seinen Status zu verlieren. (20)

Das Abkommen wurde sowohl von Israel als auch von den USA abgelehnt, obwohl die Beteiligung von Hamas v.a. innenpolitisch gedacht war und Abbas als Vorsitzender der PLO auf der Grundlage bisheriger Abkommen die Palästinenser weiterhin nach außen vertreten sollte. (21)

Einflüsse des arabischen „Frühlings“ waren auch bei den diesjährigen Protesten zum „Nakba“-Gedenken (22) am 15. Mai spürbar. Diese wurden auch mit Hilfe der neuen sozialen Medien organisiert und schlossen Aufmärsche von palästinensischen Flüchtlingen an den syrischen und libanesischen Grenzen zu Israel ein (FT 32-05-11). Die IDF (23) erschoss mindestens 14 Demonstranten (24). Am „Naksa“-Tag (5. Juni) (25) kam es auf den Golan-Höhen zu ähnlichen Vorfällen, bei denen 14 Demonstranten erschossen worden sein sollen (Haaretz, 06-06-11).

Am 16. Mai veröffentlichte Mahmoud Abbas eine Stellungnahme in der New York Times (16-05-11), in der er an seine eigene Flucht aus Safed (1948) erinnerte. Heute gehe es nur mehr um 22% Palästinas, d.h. die 1967 von Israel besetzten Gebiete. Verhandlungen darüber hätten sich 20 Jahre hingezogen, ohne ein akzeptables Übereinkommen zu erzielen. Im Gegenteil: durch die Zersiedelung der Westbank sollte ein unabhängiger Staat verhindert werden. Daher würden sich die Palästinenser im September 2011 an die Generalversammlung der Vereinten Nationen wenden, um die internationale Anerkennung ihres Staates zu erreichen. Wie erwähnt lehnte Israel diesen Schritt als „unilateral“ ab. Obama sprach von „symbolischen Aktionen“, die nicht zu einem Staat führen würden (Rede, 20-05-11).

Zusammenfassung

Die Ergebnisse für Palästina sind widersprüchlich. Die Arabischen Revolutionen beflügelten den Kampfgeist von Teilen der Jugend und sie trugen zur Annäherung zwischen Fatah und Hamas bei. Dieser Prozess kann jedoch durch die nach wie vor bestehenden Meinungsverschiedenheiten wie durch heute noch unvorsehbare Entwicklungen in der arabischen Welt beeinflusst werden. Zweifellos ist die (vorläufig partielle) Öffnung der Grenze zwischen dem Gazastreifen und Ägypten (26. Mai 2011) ein greifbarer Erfolg. Ob die gegenwärtigen Bemühungen um Anerkennung eines palästinensischen Staates auf internationaler und lokaler Ebene Früchte tragen werden, ist zu bezweifeln. Werden die Widerstände unüberwindlich bleiben?

Anmerkungen

- (1) Interview in New York Review of Books, 13-06-02.
- (2) s. Jonathan Cook, Egypt and Israel headed for crisis, Counterpunch, 05-05-11.
- (3) s. Ezzedine Shoukri Fishere, Mazal tov Egypt!, Middle East Channel, 18-02-11.
- (4) s. Aaron David Miller (Nahostberater mehrerer US-Außenminister), Why Israel fears a Free Egypt, Washington Post, 04-02-11.
- (5) s. Galal Nassar, Israel and the Arab Revolutions, Al-Ahram Weekly, 07-13/04/2011.
- (6) Davis D. Kirkpatrick, In Shift, Egypt Warms to Iran and Hamas, Israel's Foes, New York Times, 28-04-11.
- (7) Neve Gordon, Israeli Media "Fears" the New Egypt, antiwar.com, 22-02-11
- (8) s. Abdel-Moneim Said, Israel's Arab Spring Dilemma, Al Ahram Weekly, 12-18/05/11.
- (9) Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates, Anerkennung Israels durch die arabische Welt, sofern sich Israel auf die Grenzen von 1967 zurückzieht und einen palästinensischen Staat zulässt.
- (10) Young Mizrahi Israelis' Open Letter to the Arab Preers, 972mag.com-Independent Reporting and Commentary from Israel and the Palestinian Territories, 24-04-11.
- (11) s. Alain Gresh, The New Arab Awakening. "Neither With the West, Nor Against It", Counterpunch, 11-13/03/11.
- (12) Middle East Quarterly, Winter 2005.
- (13) Leiter des Center for Middle East Studies and Diplomacy, Universität Beersheva, Israel.
- (14) Zit.nach Thomas O'Dwyer, Israel and the Arab Awakening, Open Democracy, 09-03-11
- (15) Ehemaliger Präsident des American Jewish Congress, Forscher am Council on Foreign Relations.
- (16) Dazu gibt es eine umfangreiche wissenschaftliche Literatur. Der Begriff wurde von Oren Yiftachel, Professor für Geography and Urban Studies an der Universität Beersheva, geprägt. Sein Buch „Ethnocracy. Land and Identity Politics in Israel/Palestine“ ist 2006 bei University of Pennsylvania Press erschienen.
- (17) Barry Rubin, The New Egypt: Radical Nationalist President. Islamist Dominated Parliament, The Lid, 11-05-11 und Ari Shavit, No Peace With the Palestinians, Haaretz 02-06-11.
- (18) Asma Agharieh-Zahalka, The Palestinian Facebook Movement. Can it Take Up the Baton of Revolution? Challenge 15-04-11.
- (19) Ilan Pappé, Egypt's Revolution and Israel: "Bad for the Jews", Electronic Intifada 14-02-11.
- (20) Robert Malley (Crisis Group, 1998-2001 Berater des Präsidenten der USA zu arabisch-israelischen Fragen), The Arab Spring is Driving the Hamas-Fatah Unity Deal, Washington Post 04-05-11.
- (21) Corinna Mullin, The Hamas-Fatah Unity Deal: Regional and International Power Dynamics, Open Democracy 03-05-11.
- (22) „Nakba“ (arab.für Katastrophe) bezeichnet die palästinensische Flucht und Vertreibung 1948.
- (23) Israel Defence Forces, offizielle Bezeichnung der Armee.
- (24) Jonathan Cook, Israel in a Strategic Dead End, Counterpunch 18-05-11.
- (25) „Naksa“ (Rückschlag) ist eine arabische Bezeichnung für den Beginn des Juni-Krieges 1967 (Sechstage-Krieg).

